

westliche Veröffentlichungen aufgeführt, auf die T. Sugiyama Lebra im Verlauf ihres Textes verschiedentlich Bezug nimmt.

In einem Glossar (5 Seiten) sind die wichtigsten japanischen Begriffe zum Thema in lateinischer Umschrift verzeichnet, ohne jedoch hier auf die entsprechenden Textstellen zu verweisen. Solche Verweise sind dem folgenden Index (4 Seiten) vorbehalten, der jedoch ausschließlich soziologische Begriffe aufgreift - sowohl englische als auch japanische.

Michaela Manke, Frankfurt

**Tsuru Shigeto & Helmut Weidner: Ein Modell für uns: Die Erfolgreiche japanischen Umweltpolitik.**

Köln: Kiepenheuer und Witsch 1985, 223 S.

Rund zehn Jahre nachdem uns der schwedische Journalist Bo Gunnarson "Japans ökologisches Harakiri" prophezeit hat, wird nun im vorliegenden Buch die japanische Umweltpolitik als ein Modell auch für die Bundesrepublik Deutschland empfohlen. Vier namhafte Autoren, drei Japaner und ein Deutscher, alle durch ihre wissenschaftlichen Arbeiten zu diesem Themenbereich ausgewiesen, beschreiben und analysieren den beispiellosen Wandel in der japanischen Umweltpolitik während der letzten 15 bis 20 Jahre. Vorangestellt ist eine Einleitung, in der Tsuru Shigeto den Bogen schlägt von den ganz frühen Umweltskandalen zu Beginn der japanischen Industrialisierung über die spektakulären Fälle der 1950er und 1960er Jahre bis hin zu den Umweltproblemen unserer Tage. Bereits für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg führt Tsuru neben bekannten Skandalen wie dem der Ashio-Kupfermine auch eine Reihe von unbekannt gebliebenen, positiven Beispielen für Umweltschutzmaßnahmen einzelner Unternehmen an. Die rasche industrielle Entwicklung seit dem Ersten Weltkrieg, die zunehmende Militarisierung der Wirtschaftspolitik in den 30er Jahren und schließlich die Notwendigkeit des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg verhin-derten aber seiner Meinung auch die Fortentwicklung dieser Ansätze. Erst die von Tsuru ebenfalls kurz skizzierten vier großen Umweltskandale in der Mitte der 2. Hälfte der 60er Jahre (Quecksilbervergiftungen in Minamata und Niigata, die Kadmiumvergiftungen in Toyama und die Luftverschmutzung in Yokkaichi) mobilisierten die Öffentlichkeit und stärkten das Umweltbewußtsein in Japan. Das Umweltbasisgesetz von

1967, vor allem aber seine novellierte und verschärfte Form von 1970 und die Gründung eines Umweltamtes (1971) waren äußere Zeichen dieses Umschwunges. Allerdings hat sich in der 2. Hälfte der 70er Jahre, nicht zuletzt durch den Einfluß der Ölkrise und ihrer Folgen, das für den Umweltschutz günstige Klima wieder verschlechtert.

Alle Autoren weisen auf die große Bedeutung der Bürgerinitiativen für den Wandel in der Umweltpolitik hin. Ohne den von ihnen und der durch sie mobilisierten Öffentlichkeit ausgehenden Druck auf die staatlichen und kommunalen Stellen wären wohl die meisten Umweltschutzgesetze nicht zustande gekommen. Ui Jun, selbst ein Aktivist der Umweltschutzbewegung in Japan, stellt in seinem Beitrag diese Bürgerbewegungen in den Mittelpunkt. Er beschreibt sie als politisch unabhängige, ein breites Spektrum von rechts bis links umfassende Gruppierung, die neben den Interessen unmittelbar von Umweltskandalen betroffener auch ganz allgemeine, dem Schutz von Natur und Mensch verpflichtete Zielsetzung durchsetzen wollen. Neben den finanziellen Schwierigkeiten sieht Ui eine große Schwäche der Umweltbewegung in ihrer regionalen Beschränkung. Daher erscheint ihm die Bildung einer überregionalen politischen Koalition, etwa in Form einer Grünen Partei vordringlich.

Während der Dezentralismus die Bürgerbewegungen sicherlich schwächt, erscheint er im Bereich der Umweltschutzgesetzgebung und -vereinbarungen den meisten Autoren als eine Stärke des japanischen Systems. Shibata Tokue führt einige Beispiele für die Wirksamkeit von Umweltschutzvereinbarungen auf präfekturaler oder kommunaler Ebene an, die in einigen Fällen Maßstäbe auch für die nationale Gesetzgebung setzten. Dieser Ebene kommt seiner Meinung nach eine führende Rolle bei der praktischen Ausgestaltung der Umweltpolitik zu. So wurde die 1969 erlassene Umweltschutzverordnung von Tokyo, in der proklamiert wurde, daß das Recht aller Bürger auf körperliches und seelisches Wohlbefinden nicht durch Umweltbelastungen beschnitten werden dürfe, beispielhaft für viele spätere Vereinbarungen.

Eine zentrale Rolle bei der Weichenstellung für eine den Bedürfnissen der Bürger stärker gerecht werdende Umweltpolitik kommt der Rechtsprechung zu. Helmut Weidner beschreibt die neuen Wege, die die Gerichte in den Prozessen um die bereits erwähnten vier großen Umweltskandale beschritten haben. Die wohl wichtigsten Maßnahmen waren dabei die Erleichterung des Kausalitätsnachweises durch die Anerkennung auch statistisch-epidemiologischer Nachweise und die Beweislastumkehr beim Verursachernachweis, derzufolge nun

die Unternehmen beweisen müssen, daß sie **nicht** die Emittenten sind. Neu war auch die Festlegung der Kollektivverantwortlichkeit von Unternehmen in industriellen Ballungsgebieten für die von ihnen insgesamt verursachte Umweltverschmutzung. Diese Rechtsprechung, die das Recht auf Leben und Gesundheit als fundamentales Menschenrecht bezeichnete, ließ den Klägern nicht nur Gerechtigkeit wiederfahren, sondern stärkte auch die Notwendigkeit zur Sorgfalts- und Vorsorgepflicht in den Betrieben. Diese innovative Gesetzgebung und das in einem weiteren Beitrag von Weidner beschriebene staatlich geregelte Entschädigungssystem für Umweltopfer, das es bisher in dieser Art nur in Japan gibt, sind Beispiele, in denen seiner Meinung nach Japan Modellcharakter für uns haben sollte. Seit einer entsprechenden Gesetzgebung 1974 zahlen umweltbelastende Betriebe Emissionsabgaben in einen Kompensationsfond ein, der zur Entschädigung amtlich anerkannter Umweltopfer dient, wobei das Anerkennungsverfahren für diese Opfer in recht pragmatischer Weise durchgeführt wird. Die Höhe dieser Emissionsabgaben ließ für japanische Unternehmen vielfach den Einbau von Rauchgasentschweflungsanlagen kostengünstiger erscheinen.

Das Auto als Umweltverschmutzer und die Entwicklung der strengen Abgasvorschriften in Japan während der 70er Jahre ist ein weiteres Thema. Shibata Tokue zeigt auf, wie die extreme Zunahme des photochemischen Smogs Anfang der 70er Jahre zusammen mit der Furcht vor einer exporthemmenden Verschärfung der Abgasbestimmungen in den USA 1972 zur Formulierung und Durchsetzung sehr strenger Richtlinien in Japan führte. Der anfänglich vehemente Widerstand der Autohersteller zerbrach unter dem Druck der Öffentlichkeit und an dem Gutachten einer aus den sieben am stärksten belasteten Großstädten zusammengestellten Expertengruppe. Mit der der japanischen Industrie eigenen Flexibilität stellte man sich rasch auf die neue Lage ein und schon bald eroberten die neuen, energiesparenden und umweltfreundlicheren Autos die Weltmärkte.

Methoden für eine umfassende, wissenschaftliche Berechnung der volkswirtschaftlichen Kosten eines Industrieprojektes unter Einbeziehung der von ihm verursachten Umweltschäden hat eine Forschergruppe unter Leitung von Miyamoto Kenichi erarbeitet. Der die Ergebnisse dieser Arbeit an einigen ausgewählten Beispielen vorstellt. Bei seiner Kosten-Nutzen-Analyse weist er nach, daß die Ansiedlung von großen Industriekomplexen (kombinaato) in keinsten Weise die damit für die regionale Entwicklung verbunden Hoffnun-

gen erfüllt hat, stattdessen aber zu einer erheblichen Steigerung der Umweltbelastungen beitrug. Damit erweist sich der rein wirtschaftliche Erfolg solcher kombinaato im größeren Zusammenhang eher als ein Mißerfolg. Die aus diesen Projekten gewonnenen Einsichten sollten bei der Formulierung einer künftigen Industriepolitik unbedingt mitberücksichtigt werden.

Am Schluß geht Helmut Weidner noch einmal in einer kritischen Stellungnahme auf die Erfolge und Mißerfolge der japanischen Umweltpolitik ein. Japan ist ein Beispiel sowohl für die schlimmen Folgen, die eine Vernachlässigung des Umweltschutzes haben kann, als auch für eine kurz- und mittelfristig erfolgreiche Umweltschutzpolitik. Langfristig gesehen sieht Weidners Beurteilung der japanischen Situation erheblich pessimistischer aus, da viele reale Probleme nicht tatsächlich gelöst, sondern nur auf eine andere Ebene verschoben wurden. Japan hat, durchaus im Rahmen des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems, in einer Reihe von Fällen Modelle (z.B. Emmissionsabgaben, Entschädigungszahlungen etc.) entwickelt, an denen sich andere Industriestaaten orientieren könnten und sollten. Darüberhinaus zeigt das japanische Beispiel, daß sich hohe Investitionen im Umweltschutz durchaus nicht hemmend auf das Wirtschaftswachstum auswirken müssen, sondern im Gegenteil wirtschaftliche und technische Impulse geben können.

Ob allerdings die sich am japanischen Beispiel als "machbar" erweisenden Modelle in der Bundesrepublik Deutschland politisch und rechtlich durchzusetzen wären, ist eine andere Frage. Die unterschiedliche Auffassung von Recht und Gesellschaft in Japan, die weniger den Buchstaben des Gesetzes und mehr den jeweiligen Einzelfall mit seinen konkreten Umständen in den Mittelpunkt der Rechtsprechung stellt, hat sicherlich die Entwicklung der japanischen Umweltpolitik ebenso begünstigt wie das von Weidner beschriebene "besondere Verhältnis zwischen Industrie, Bürokratie und Regierung", demzufolge einmal getroffene Entscheidungen von allen Beteiligten - selbst wenn sie rechtlich nicht einklagbar sind - durchgeführt werden.

Hier liegen erhebliche Unterschiede zur Situation in der Bundesrepublik oder anderen Industriestaaten, Unterschiede, die sich für eine Übernahme der in Japan entwickelten Modelle als sehr hinderlich erweisen dürften. Allerdings zeigt das japanische Beispiel, daß wo ein Wille zur Verbesserung des Umweltschutzes ist, auch die Wege dazu gefunden werden können. Und schon allein deshalb wäre es wichtig, daß sich sowohl Umweltinitiativen als auch die zuständigen

Behörden und Regierungen mehr mit dem japanischen Beispiel befassen würden. Das Buch von Tsuru und Weidner gibt dazu einen wichtigen Anstoß.

Regine Mathias-Pauer, Bonn

**Wang Yannong und Jiao Panyong (Hrsg.): A Collocational Dictionary of Common Chinese Verbs (With English Explanations).**

Heidelberg: Julius Groos Verlag 1985. XVIII, 588 S.

Das Wörterbuch, ein Projekt der "Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Chinesischunterrichts in der Bundesrepublik Deutschland e.V.", enthält neben einem kurzen Vorwort und Abkürzungsverzeichnis in Chinesisch und Englisch ein alphabetisches Verzeichnis von 1273 häufigen Verben der modernen chinesischen Umgangssprache mit vielen Anwendungsbeispielen, einen Strichzahl- und einen nach Radikalen geordneten Index dazu sowie einen Anhang mit alphabetisch geordneten Gegenüberstellungen Kurzzeichen/Langzeichen und Pinyin/Wade/Internationale phonetische Lautschrift.

Im Hauptteil, dem Verzeichnis der Verben, sind für alle Verben - ggf. gesondert für verschiedene Bedeutungen derselben - die wichtigsten Verwendungsweisen in jeweils gleicher Reihenfolge nach grammatischer Konstruktion aufgeführt. Die Beispielsätze sind mit chinesischen Zeichen geschrieben, ohne Umschrift und Übersetzung; für einzelne mit Ziffern versehene Ausdrücke darin wurden allerdings in einem den Beispielsätzen folgenden Abschnitt englische Übersetzungen gegeben. Eine Eintragung sieht also folgendermaßen aus: Lautung (in Pinyin), chin. Schriftzeichen, Bedeutung (in Englisch), ggf. Synonyme und Autonyme (in chin. Schriftzeichen), Beispielsätze (in chin. Schriftzeichen), Anmerkungen zu den Beispielsätzen (in Englisch).

Die Beispielsätze zeigen die Verben in ihrem typischen Gebrauch, in der Regel mit den ihnen häufig kollationierten Subjekten, Objekten, Komplementen, Adverbialbestimmungen etc. In der Menge der Beispielsätze und deren systematischer Ordnung nach grammatischen Kategorien übertrifft die vorliegende Arbeit alle anderen Wörterbücher des modernen Chinesischen. Insofern wird es sicherlich seinen Zweck erfüllen, den ihm seine Autoren zgedacht haben: "this dictionary is mainly intended as a language tool for the use of foreign students and for those interested in Chinese."